

Ist ein gemeinsames Gedenken noch möglich? Eine Berliner Diskussion über das Gedenken an die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges im Osten. VON [AMORY BURCHARD](#)



Hungerpolitik. Während der deutschen Blockade starben in Leningrad 800.000 Menschen. FOTO: AKG-IMAGES / UIG / SOVFO

„Was nützt ein Denkmal, wir brauchen Aufklärung!“ Mit diesem Statement eröffnete Uwe Neumärker, Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, jetzt eine Berliner Diskussion über das geeignete Gedenken an die **NS-Kriegsverbrechen** in Osteuropa und in der Sowjetunion. Neumärker meinte nicht das Holocaust-Mahnmal, in dessen vorbildlich aufklärerischen Ort der Information er eingeladen hatte, sondern ein **künftiges Polen-Denkmal**, das zuletzt mehr als 200 Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen außer der AfD gefordert hatten.

Diese Initiative, die von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) unterstützt wird, konkurriert mit einem Aufruf für einen umfassenderen zentralen Gedenkort für die Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges im Osten.

Beim Streit um die beiden Ansätze für ein überfälliges öffentliches Gedenken an diese über Jahrzehnte verdrängten Verbrechen geht es nicht in erster Linie um die äußere Form, wie Neumärker suggerierte. Auch Axel Dreccoll, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, betonte, dass mit dem Bau einer Gedenkstätte die politische Pflicht nicht erfüllt sei. „Wichtig ist, dass das Gedenken aktiviert wird“, sagte Dreccoll.

Mehr als ein Monument mit Gedenkplakette

Aber die Initiative für ein Polen-Denkmal will keineswegs nur ein steinernes Monument mit Gedenkplakette, sondern „auch einen Ort der Begegnung und Auseinandersetzung“, der Deutsche und Polen zusammenbringen solle.

Im Kern geht es vielmehr um die Frage, ob es sinnvoll und zulässig ist, das Gedenken an den Vernichtungskrieg im Osten zu „nationalisieren“. Auf dem Podium im Ort der Information wird sie mehrfach klar verneint. Für die Millionen Opfer „brauchen wir eine umfassende Darstellung, damit sie überhaupt zum Gegenstand des Erinnerns und der Allgemeinbildung werden“, sagte Peter Jahn, ehemaliger Direktor des Museums Karlshorst.

Dazu zählt der **Mitinitiator für den Gedenkort an die Opfer des NS-Vernichtungskriegs** etwa 40.000 Polen, die allein bis Ende 1939 ermordet wurden, über drei Millionen sowjetischer Kriegsgefangener, die bis Kriegsende starben, und 800.000 Einwohner Leningrads, die durch die deutsche Blockade verhungerten. Aufgrund der deutschen Hungerpolitik in den anderen Gebieten der besetzten Sowjetunion kam eine weitere Million Menschen um.

Auch an die Taten unserer Vorfahren erinnern

Anders als den deutschen Juden oder Opfern der „Euthanasie“ gelte „den Bauern in Belarus“, deren Dörfer niedergebrannt wurden, hierzulande bislang sehr viel weniger Empathie, sagt Jahn. Es sei an der Zeit, auch ihre Schicksale „zu interessantem Wissen zu machen“. Martin Aust, Professor für Geschichte und Kultur Osteuropas in Bonn, spricht von den „Menschen im Osten“, die hofften, „dass ihre Positionen und die ihrer Vorfahren im Dialog aufgerufen werden“. Gleichzeitig müsse es an einem künftigen „Ort der Aufklärung, der Information und der Bildungsarbeit“ selbstverständlich um „die Taten unserer Vorfahren“ gehen.

Dass dabei ein Gedenkort nur für polnische Opfer und nicht für alle Opfer des Vernichtungskrieges entstehen könnte, hält Michael Wildt, Geschichtspräsident und Holocaust-Experte an der Humboldt-Universität, für ebenso abwegig wie seine Kollegen auf dem Podium. Man ist sich einig, dass dem Anliegen der PiS-Regierung in Polen, das Gedenken zu nationalisieren, nicht stattgegeben werden darf.

"Es gibt auch polnische Täter"

Doch Wildt hält ein reines Opfer-Gedenken – sei es für Polen oder für den ganzen „Osten“ – grundsätzlich für problematisch. „Es gibt nicht nur polnische Opfer, es gibt auch polnische Täter“, sagt Wildt mit Bezug auf Pogrome Einheimischer an polnischen Juden und auf **Kollaborateure während der Besatzungszeit**.

Besatzungsregimes könnten überhaupt nur „mit Gewalttätern oben und Zurarbeitern unter den Besetzten“ funktionieren. „Wenn wir uns auf das Nationalisierungsnarrativ einlassen, können wir das nicht abbilden“, warnt Wildt. Er plädiert für ein „vernetztes Dokumentationszentrum“ in Zusammenarbeit von Historikern und Archiven aller Länder.

Mehr zum Thema



Diskussion um Denkmal für polnische NS-Opfer

Nur ein Museum kann der deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik gerecht werden

Von Grzegorz Rossoliński-Liebe

Nicht akzeptabel sei auch die Haltung von Polen, für die Russland eine „Täternation“ sei, was ein gemeinsames Gedenken ausschließe, betont Peter Jahn. „Wir müssen und wir können auch über stalinistische Mordtaten“ wie in Katyn reden, erwidert Wildt. Die Chance dazu gebe es aber nicht, „wenn wir etwas ausstellen, sondern nur im gemeinsamen Prozess des Gedenkens“.

Themen: Holocaust Zweiter Weltkrieg